

'Wie viel lieber würde ich mich richtig verabschieden...': 'Republikflüchtige' DDR-Lehrer in den Jahren 1949-1961

Hohmann, Joachim S.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hohmann, J. S. (1997). 'Wie viel lieber würde ich mich richtig verabschieden...': 'Republikflüchtige' DDR-Lehrer in den Jahren 1949-1961. *Historical Social Research*, 22(1), 107-131. <https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.1.107-131>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

»Wie viel lieber würde ich mich
richtig verabschieden ...«
»Republikflüchtige« DDR-Lehrer in den
Jahren 1949- 1961

*Joachim S. Hohmann**

Abstract: Soon after the end of the Second World War the Soviet Occupation Zone saw politically guiltless teachers beginning to do their job. Newcomer teachers from different professional backgrounds joined them. In some cases they had finished school very recently and obtained pedagogical qualifications by doing further education courses at the same time. In the period until the construction of the German-German border in 1961 many of these teachers left the German Democratic Republic because they were dissatisfied with their educational possibilities or with the political system in general. Additionally the Federal Republic of Germany enticed some of them away from the GDR. In order not to lose their teachers, the leaders of the GDR tried to improve the social and cultural situation of the teachers. Simultaneously they collected statistical information on the problem of illegal emigration of teachers. The material proved that teachers from all parts of the GDR fled for different reasons. Young teachers fled more frequently than older ones. Only the construction of the 'wall' in 1961 put a stop to the illegal emigration of teachers.

Zu den Flüchtlingen, die zwischen 1949 und 1961 die DDR verließen, gehören bemerkenswerterweise mehrere Tausend Lehrer, die ihre Ausbildung im SED-Staat erhalten hatten. Nach Kriegsende hatte man in der SBZ alle Lehrer entlassen, die auf irgendeine Weise in die Politik des NS-Staates verstrickt gewesen waren. Dies hatte zu einem drastischen Lehrkräftemangel geführt, den man durch die Schaffung des Lehrertyps »Jung- bzw. Neulehrer« beseitigen wollte. Geeignet erscheinende Personen aus allen Lebens- und Berufsberei-

* Address all communications to Joachim S. Hohmann, Höhenweg 8, D-36115 Wickers.

chen, auch junge, gerade schulentlassene Leute, wurden als Lehrer tätig und erlangten berufsbegleitend ihre eigentliche theoretische Ausbildung. Der Lehrermangel war dennoch nicht vollends zu beheben, und im November 1950 stellte das Staatssekretariat des Ministeriums für Volksbildung in einem Schreiben an Otto Grotewohl fest, das Schulwesen benötige bis 1955/56 mehr als 40.000 neue Lehrer. Es fehle an geeigneten Abiturienten, und in den zurückliegenden Jahren seien nur 50 % der an Pädagogischen Fakultäten immatrikulierten Studenten tatsächlich in die Schulen gekommen. Der Lehrerberuf sei anscheinend wenig reizvoll. Umso größer wird die Erschütterung gewesen sein, als man erkannte, wie viele bereits im Schuldienst befindliche Lehrkräfte »Republikflucht« begingen.

Der Zeitraum 1949 bis 1955 ist in der DDR-Geschichtsschreibung mit dem »Übergang zur sozialistischen Entwicklung des Schulwesens«, die Jahre 1955 bis 1962 als die »sozialistische Umgestaltung des Schulwesens« in der DDR bezeichnet worden. Beide Phasen erforderten von Lehrern ein hohes Maß an Loyalität und Gehorsam, aber auch die Bereitschaft zur sichtbaren aktiven Beteiligung am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Wer unterrichtete, sah sich zwangsläufig in einer Vorbildfunktion. Der Staat selbst hatte Lehrern diese Vorbildfunktion übertragen. Umso schwerer wog es, wenn ein Lehrer die Ferienzeit dazu nutzte, das Land zu verlassen, oder von einem Tag auf den anderen dem Dienst fernblieb, weil er - häufig über Berlin - in den »Westen« geflohen war. Obgleich die ersten Sperrmaßnahmen vom Mai 1952 stammten, war es bis zum Bau der Mauer verhältnismäßig einfach, dem »sozialistischen Vaterland« den Rücken zu kehren. Auch scheint es Bestrebungen gegeben zu haben, Fachlehrer aus der DDR abzuwerben oder durch bereits im Westen lebende ehemalige Lehrer aus der DDR nachziehen zu lassen. Die Staatsorgane, vor allem jene, die mit der Staatssicherheit beauftragt waren, standen dem Phänomen der »republikflüchtigen« Lehrer weitgehend hilflos gegenüber¹. Immer wieder stellten sie fest, daß die sogenannte »Fluktuation« sich gleichmäßig verteilte, äußere Veranlassungen in bestimmten Städten und Kreisen demnach unwahrscheinlich waren. Auf der Suche nach Begründungen boten die Staatssicherheitsorgane dennoch am häufigsten die Ursache der »organisierten Feindarbeit« unter den Lehrern an. Danach versuchten »einzelne Agenten und Agentengruppen innerhalb der Lehrerschaft«, diese »ideologisch zu zersetzen«. Sie propagierten die »Überlegenheit der kapitalistischen Pädagogik«, vertuschten »deren Klassencharakter« und seien bemüht, »die Errungenschaften unserer Republik durch Überspitzung vorhandener Schwächen lächerlich zu machen«: »Durch Lüge, Verleumdung und Drohungen sind sie bestrebt, Verwirrung, Mißstimmung und Unsicherheit unter den Lehrern zu erzeugen. Ihr Ziel ist, das

¹ Dies zeigt sich insbesondere durch die für den vorliegenden Beitrag erstmals ausgewerteten Unterlagen, die sich u.a. in den Beständen der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ sowie der Berliner „Gauck-Behörde“ befinden.

Vertrauen zu unseren Staatsorganen zu untergraben und gute Lehrer zur Flucht nach dem Westen zu verleiten. Darum sind sie vor allem bestrebt, eine Atmosphäre der Resignation und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten.«

Als eine »verbreitete Form der Feindarbeit« bezeichnete man im Sommer 1954 die »Abwerbung der Lehrer«. Diese gehe von der Schilderung des leichteren Lebens der Lehrer und der Möglichkeit der sofortigen Anstellung im westdeutschen Schuldienst bis zur direkten Drohung.

Allerdings zeigte die Analyse einer größeren Zahl von Fällen, daß die »organisierte Feindarbeit« nicht der einzige Grund dafür sein konnte, daß die Lehrer das Land verließen. Als eine weitere »schwerwiegende Ursache« bezeichnete die Abteilung für Allgemeinbildende Schulen im Ministerium für Volksbildung das »administrative und herzlose Verhalten einiger Funktionäre des Partei- und Staatsapparates gegenüber der Lehrerschaft«. Auch die Überforderung der Lehrer infolge ihrer ständigen außerordentlichen Belastung müsse als eine wesentliche Ursache der »Fluktuation« angesehen werden. Schließlich sei diese auch durch die ungenügende ideologische Arbeit unter den Lehrern zu einem Massenphänomen geworden. Die Folge war, daß in allen Kreisen der DDR Parteikonferenzen zur Vorbereitung des neuen Schuljahrs 1954/55 durchgeführt wurden, an denen Lehrer und Erzieher, Pionierleiter und Elternbeiräte sowie verantwortliche Mitglieder der SED-Parteileitungen und der Parteibetriebe teilnahmen.

Mit Bück auf die Situation der Lehrer beabsichtigte man eine Verringerung der Pflichtstundenzahl, die Festlegung niedrigerer Klassenfrequenzen und die verstärkte Möglichkeit zur Weiterbildung. Sozusagen als flankierende Maßnahme sollten in der »Deutschen Lehrerzeitung« und in den Fachzeitschriften Beiträge erscheinen, die zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der »kapitalistischen Pädagogik« fuhren und den »faschistischen Einfluß auf die Jugenderziehung in Westdeutschland« überzeugend nachweisen sollte. Gern hätte man auch, wie verschiedene Berichte über die Ursachen der »Fluktuation« zeigen, auf die mangelnde Verwurzelung der Flüchtlinge im sozialistischen Staat hingewiesen. Erleichtert stellte man zuweilen tatsächlich auch fest, der Geflohene sei einst Mitglied der NSDAP gewesen oder habe seine Zugehörigkeit zur SA verschwiegen (Tab. 17). Tatsächlich flüchteten, wie sich zeigen wird, jedoch weitaus mehr junge als ältere Lehrerkollegen aus der DDR (Tab. 3; 14). Es dauerte bis zum Sommer 1956, daß eine Arbeitsgruppe beim Ministerium für Volksbildung daran ging, die vom Politbüro in den Grundzügen beschlossene Maßnahme gegen die »Republikflucht« der Lehrer zu konkretisieren. In einem Schreiben des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung an das Zentralkomitee der SED/Abteilung Allgemeinbildende Schulen vom 20.7.1956 wurde zunächst vorgeschlagen, die sehr niedrig angesetzte Lehrerbesoldungsgruppe 3 aufzuheben und alle in dieser Gruppe eingeordneten Lehrer fortan nach Gruppe 4 zu bezahlen. Die Neuregelung sollte ab 1. Januar 1957 Geltung erlangen und für den Haushaltsplan dieses Jahres vor-

gesehen werden. Ferner sprach sich die Gewerkschaft für die Abschaffung des obligatorischen Ferieneinsatzes der Lehrer aus. Bislang hatte man Lehrern aufgegeben, in der sogenannten »Ferienaktion« für schulpflichtige Kinder innerhalb der Ferienzeiten als Betreuer tätig zu sein. Nicht wenige Lehrer kamen daher unzufrieden, nicht erholt und nicht selten auch krank zum Beginn des neuen Schuljahres zum Dienst. Auch in den Bereichen der Altersversorgung und der Bereitstellung von Wohnraum plante man Verbesserungen. Weitere Verbesserungen zugunsten der Lehrerschaft betrafen die Zulassung von Lehrerkindern zur Oberschule, ein besseres Freizeitangebot für Lehrer sowie weitere Vergünstigungen im Besoldungssystem. In einer vom Ministerium für Volksbildung im Sommer 1956 ausgearbeiteten Analyse stellte man noch einmal fest, es gebe Mißstimmungen »die in erster Linie auf eine falsche und herzlose Behandlung von Lehrern und Erziehern durch die örtlichen Organe der Staatsgewalt und demokratischen Organisationen« zurückzuführen seien. Als »Maßnahmen zur Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehung der Lehrer und Erzieher« sah man folgendes vor:

»1. Das Ministerium für Volksbildung hat die Struktur und die Arbeitsorganisation der Abteilungen Volksbildung der Räte der Bezirke und Kreise so zu verändern, daß eine gründliche Anleitung und Kontrolle der Arbeit der Pädagogischen Räte gewährleistet wird.

Die Leiter der Abteilungen Volksbildung sowie die Kreisleitungen der Partei und die Kreisvertreter der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung haben dafür zu sorgen, daß bei der Auswahl der Mitarbeiter der Schulverwaltung und der Schulfunktionäre im Partei- und Gewerkschaftsapparat strenger als bisher darauf geachtet wird, daß nur Personen ausgewählt werden, bei denen sich eine ausgezeichnete fachliche und politische Qualifikation mit menschlichem Einfühlungsvermögen und Verständnis verbindet.

2. Neben den ideologischen Auseinandersetzungen in den Pädagogischen Räten mit Lehrern und Erziehern, die rückständige Auffassungen vertreten, haben die Kreisleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dafür zu sorgen, daß den Lehrern auf dem Wege der Patenarbeit (Patenbetrieb) qualifizierte Industriearbeiter zur Seite gestellt werden, die sich um die Lehrer und um die Entwicklung in der Schule kümmern.

3. Eine der Ursachen für die langsame Entwicklung des Bewußtseins unserer Lehrer und Erzieher ist die seit Jahren geübte Praxis der Reglementierung und Bevormundung. Sie findet ihren Ausdruck u.a. auch in den bisherigen Formen der Lehrerweiterbildung. Das Ministerium für Volksbildung hat dafür zu sorgen, daß bis zum 31.12.1956 die Weiterbildung der Lehrer und Erzieher durch das Zentralinstitut für Lehrerweiterbildung so organisiert wird, daß sie den Erfordernissen der Schule und den Bedürfnissen der Lehrer entspricht.

4. Das Ministerium für Volksbildung hat in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziel, zur Fortbildung der Lehrer, die Russisch, Polnisch oder Tschechisch unterrichten, einen Touristenaustausch nach der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Republik zu organisieren. In Verbindung mit den Lehrgewerkschaften und Hochschulverwaltungen der genannten Länder sollten dazu Ferienkurse von etwa 4-wöchiger Dauer durchgeführt werden.

5. Das Staatssekretariat für Hochschulwesen wird beauftragt, zur fachlichen Weiterbildung der Lehrer gemeinsam mit dem Ministerium für Volksbildung an den Universitäten Ferienkurse einzurichten.

Die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung hat die staatlichen Organe durch die Propagierung dieser Weiterbildungs-Möglichkeiten und durch Werbung unter den Lehrern und Erziehern zu unterstützen.

6. Um der Republikflucht auf die Dauer erfolgreich zu begegnen, muß die Behandlung der Lehrer und Erzieher durch Funktionäre der Staatlichen Verwaltung und durch einzelne Funktionäre der politischen Parteien und Massenorganisationen wesentlich anders werden. An die Stelle des Kommandierens und herzlosen Behandelns muß endlich wirkliche Sorge um den Menschen treten.

- a) Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise haben Aussprachen mit Lehrern und Erziehern zu organisieren, die hin und wieder mit festlichen Veranstaltungen und einem geselligen Beisammensein zu verbinden sind.
- b) Die Abteilungen Volksbildung haben jegliches Kommandieren und jegliche Unterdrückung der Kritik zu unterbinden und an ihrer Stelle einen fruchtbaren Meinungsaustausch über politische und fachliche Fragen der Erziehung und des Unterrichts zu organisieren. Jeder Lehrer muß die Gewißheit haben, daß ihm keinerlei Nachteile erwachsen, wenn er einmal im Meinungsstreit einen falschen Standpunkt vertritt.
- c) Das Ministerium für Volksbildung hat in mehreren Verordnungen Maßnahmen zum Schutze der Arbeitskraft und zur Erleichterung der Lage der Lehrer und Erzieher getroffen. In vielen Fällen wurden diese Maßnahmen von Funktionären der Staatlichen Verwaltung nicht ernst genug beachtet. Das Ministerium für Volksbildung hat durch Einsatz seines Kontroll- und Inspektions-Apparates diesen Zustand sofort zu verändern. Auch im Bereich der Volksbildung hat jeder Mitarbeiter der Schulverwaltung die gesetzliche Grundlage seines Arbeitsgebietes genau zu kennen, für ihre Einhaltung und Verwirklichung Sorge zu tragen und jede Gelegenheit zu nutzen, um sie den Lehrern und Erziehern zu erläutern.«

Eine weitere Hilfe für die »politisch-ideologische Erziehung« unter den Lehrern und Erziehern sollte eine »verstärkte pädagogische Propaganda« sein. Die Tagespresse und die periodisch erscheinenden Zeitschriften, insbesondere die

Zeitschrift »Elternhaus und Schule«, sollten mehr als bisher die Bedeutung des Berufes des Lehrers und Erziehers und ihre Funktionen im Arbeiter-und-Bauern-Staat durch Meldungen und Uterarische Arbeiten sowie Bildberichte hervorheben. Das Ministerium für Kultur sollte daraufhinwirken, daß Bücher, Bühnenwerke und Filme erscheinen, die die gesellschaftliche Bedeutung des Lehrer- und Erzieher-Berufes erläuterten und den Werktätigen vertraut machten. Die DEFA-Wochenschau »Der Augenzeuge« müsse jede Gelegenheit nutzen, um auf die Bedeutung des Erzieherberufes hinzuweisen. Der Deutsche Fernsehfunke sollte des öfteren in seine aktuelle Berichterstattung Probleme der Schule und Erziehung aufnehmen und zusammen mit dem Ministerium für Volksbildung überprüfen, inwieweit es zweckmäßig und möglich sei, in größeren Abständen pädagogische Fernsehsendungen durchzuführen.

Trotz der Überlegungen und zumindest teilweise eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation innerhalb der Lehrerschaft war die Zahl der »republikflüchtigen« Lehrer in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hoch (Tab. 8 bis 10). Allerdings ist anzumerken, daß in den Jahren 1956 und 1957 insgesamt eine starke Fluchtbewegung aus der DDR zu verzeichnen war. So verließen 1956 insgesamt 279.189 Personen das Land, ein Jahr später waren es 261.622. Die Zahl verringerte sich im Jahre 1958 auf 204.092 und erreichte 1959 mit 143.917 Personen einen vorläufigen Tiefstand, der 1960 auf knapp 200.000 anstieg. Im Jahr des Mauerbaus kehrten 155.402 DDR-Bürger ihrer Republik den Rücken.

In den einzelnen Bezirken der DDR fanden 1958 »Brigadeeinsätze« zur Untersuchung der Republikfluchten von Lehrern unter Beteiligung von Beauftragten des Ministeriums für Volksbildung statt. Der Grund hierfür war, daß seit August 1957 die Zahl republikflüchtiger Lehrer im Ansteigen begriffen war. Dies soll am Beispiel zweier Kreise des Bezirkes Erfurt dargestellt werden. Im Bezirk Erfurt waren 1954 125, in den folgenden Jahren jeweils 173, 122 und 153 Lehrer in den Westen gegangen. Von Januar bis August 1958 waren es bereits 134 Personen. 1957 wurden insgesamt 2,35 % der im Bezirk Erfurt tätigen Lehrer »republikflüchtig«. Der Schwerpunkt lag generell in der Ferienzeit. Von den 134 »republikflüchtigen« Lehrern (Januar bis August 1958) verließen im Juli/August 1958 74 die Republik, während es im gleichen Zeitraum des Vorjahres 59 waren. Die meisten »Republikfluchten« verzeichnete man in den Kreisen Gotha, Erfurt/Stadt und Nordhausen. Untersucht man die »Republikflucht« der Lehrer im Jahre 1958, ergibt sich dabei folgendes Bild: Von den 134 »republikflüchtigen« Personen gehörten 44 den Blockparteien an, 61 waren parteilos. Mit 27 ehemaligen Mitgliedern der CDU lag der Bezirk Erfurt an der Spitze der DDR. Von den »republikflüchtigen« Lehrern befanden sich 77 im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Außerdem waren darunter 41 Umsiedler.

Wichtig erschien die Feststellung, daß von den 134 »republikflüchtigen« Lehrern 80 % nach 1945 ausgebildet wurden (vgl. dazu Tab. 18). Die Verteilung der 134 Lehrer auf die einzelnen Schularten war unterschiedlich. Von

3.804 Lehrern an Grund- und Mittelschulen waren es 103 und von 462 Lehrern an Oberschulen 20. Die restlichen verteilten sich auf die Berufsschulen und außerschulischen Einrichtungen. In Erfurt/Stadt und im Kreis Gotha spiegelte sich die Situation, wie in den Tabellen 1 und 2 (vgl. Anhang) dargestellt, wider. - Desweiteren stellte man einen Zusammenhang zwischen »Republikflucht« und konfessioneller Bindung her. Es hieß, die »ungenügende Erläuterung der Schulpolitik von Partei und Regierung« sei mit eine Ursache dafür, daß besonders bei christlichen Lehrern die Meinung vorherrsche, daß sie über kurz oder lang nicht mehr im Schuldienst der DDR tätig sein könnten und sich deshalb rechtzeitig nach einer Lehrerstelle in Westdeutschland umsehen müßten. Bemerkenswert ist, daß ca. 80 % der flüchtigen Lehrer einer Religionsgemeinschaft angehörten. In hinterlassenen Briefen der »republikflüchtigen« Lehrer spielten daher vielfach religiöse Gründe eine Rolle. Unter den christlichen Lehrern und den Mitgliedern der Blockparteien sowohl in Erfurt als auch in Gotha war außerdem die Auffassung verbreitet, daß, wenn jemand versetzt oder gekündigt werde, sie in erster Linie davon betroffen seien.

In vertraulichen Dossiers stellten die Sicherheitsorgane der DDR fest, daß die Abwerbung von Lehrern in verschiedenen Formen erfolge. Eine der Formen war die Briefverbindung von »Republikflüchtigen« mit Lehrern, die an Schulen der DDR tätig waren. Angeblich war einem großen Teil der Lehrer bekannt, wo sich »republikflüchtige« Lehrer aufhielten und welche Arbeit sie verrichteten.

Als eine weitere Form der Abwerbung galt die Beeinflussung der Lehrer beim Aufenthalt in Westdeutschland. Von den seit 1957 »republikflüchtig« gewordenen 34 Lehrern aus Gotha waren nach unvollständigen Feststellungen 20 Lehrer einmal oder mehrmals in Westdeutschland. In Erfurt waren es im gleichen Zeitraum von 26 republikflüchtigen Lehrern 19.

Die Gründe, weshalb Lehrer die DDR verließen, waren vielfältig. Einige Originalbriefe aus den fünfziger Jahren mögen dies belegen. So schreibt der Russischlehrer Helmut S. im Oktober 1956 an den Leiter der Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises Bernau:

»Wenn Sie diese Nachricht erhalten, bin ich auf dem Wege zu meinem Studienort in Westdeutschland. Ich halte es für nötig, nicht nur in meinem Interesse, Ihnen die Gründe für meinen Fortgang darzulegen. Sie bearbeiteten ja bisher selbst Weiterbildungsfragen, und daher werden Sie vielleicht mit etwas kritischem Verständnis einiges davon beachtenswert finden. Schon während meines Studiums in Halle wurde es mir bei Einführung des Einfachstudiums unmöglich gemacht, das Fach Englisch, für das ich mich entschieden hatte, weiterzustudieren, fortzuführen. Ich wurde zwangsweise zum Fach Russisch, das ich außerdem zu studieren begonnen hatte, zurückgeführt. Aus eigener Initiative lateinische Seminare zu besuchen, wurde mir untersagt. Keine wirkliche Wertschätzung des Faches Russisch kam dessenungeachtet in meiner guten Abschlußprüfung (Note: Sehr gut) und in meinem häufigen Einsatz im Verkehr mit

den sowjetischen Armeeinghörigen zum Ausdruck. In Werneuchen habe ich drei Jahre ausschließlich in stupidester und pädagogisch unverantwortlicher Einseitigkeit nur Russisch unterrichten müssen. Mein Antrag, im Fernstudium wenigstens die Lehrbefähigung für die Oberstufe erarbeiten zu können, wurde auch das zweite Mal abgelehnt, ohne daß ich eine begründete, individuelle Erklärung dafür persönlich erhielt. Ich habe selbständig beim Ministerium für Volksbildung versucht, in den Berliner Schuldienst gelegentlich übernommen zu werden, um mich durch Gastvorlesungen an der Humboldt-Universität fortbilden zu können. Auch dies wurde mir als unmöglich dargestellt. Zwar besorgte ich mir dann doch einen Gasthörerschein, konnte ihn aber nicht benutzen, da ich von Werneuchen aus zu den wertvollen Vorlesungen und Seminaren nachmittags immer zu spät kommen mußte. Es war also das völlige Fehlen jeglicher Qualifizierungsmöglichkeit, die ja doch für einen geistig halbwegs regsamen Menschen Hauptvoraussetzung für zufriedenstellende und sinnvolle Arbeit ist, was mich zu meiner 'Republikflucht' veranlaßte. Daher werde ich im Westen unseres Vaterlandes die Möglichkeiten wahrnehmen, mich in meiner meinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Ausbildung auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Ich möchte betonen, daß ich mich ideologisch nicht etwa in Gegensatz zur DDR setzen möchte und daß ich später in einer westdeutschen Schule durchaus nicht etwa konservativ oder gar reaktionär deutsche Kinder unterrichten und erziehen werde. Vielleicht überlegen Sie sich auch, ob es bei der bevorstehenden Auflösung der Oberschule Werneuchen nicht doch angebracht gewesen wäre, mit den Kollegen der Oberschule über ihren zukünftigen Einsatz und ihre zukünftigen Perspektiven eine Aussprache zu führen. Da ich glaube, daß dieses Problem der fehlenden Perspektiven auch eine Zahl weiterer Kollegen ernsthaft bewegt, halte ich es für richtig, eine Abschrift dieses Briefes an den Rat des Bezirkes Frankfurt (Oder) zu schicken. Um erfolglosen Komplikationen, die aus Rückfragen ungeschickter Art bei meinen Eltern etwa entstehen könnten, vorzubeugen, erwähne ich noch, daß ich vermutlich teilweise in Gegensatz zu ihren diesbezüglichen Ansichten stehe und ihnen sicher schmerzliche Betrachtungen durch mein Verlassen der DDR wachrufen werde. Ich habe mit Absicht vermieden, zu meinen Eltern von meinem Plan zu sprechen.«

Ein anderer Lehrer schreibt an seine Schulleiterin:

»Ich bedauere, Ihnen mitzuteilen, daß ich hiermit aus dem deutschen demokratischen Schuldienst ausscheide. Meine Auffassung von Demokratie und Erziehung entspricht leider nicht der Auffassung der maßgeblichen Stellen in der DDR. Die Tendenz gibt zu der Besorgnis Veranlassung, daß noch mehr als bisher schulische Erziehung dem Ideal eines Staates untergeordnet wird, der mit dem Sozialismus nur noch den Namen gemeinsam hat. Aus dem alten Ideal entwickelte sich die Gewaltherrschaft einiger Leute, die jede Meinung - und damit jede Demokratie - unterdrücken und die Erziehung damit in Rahmen

lenken, die das genaue Gegenteil von dem sind, was in der Theorie verlangt wird. In einem Staat, in dem Gewalt vor Recht geht, in dem alles den Interessen einiger höherer Funktionäre untergeordnet wird, kann ich nicht erziehen, wie es dem humanistischen Ideal entspricht. Ich bedauere, ihnen das sagen zu müssen. Aber ich halte es für konsequenter - und in dieser Beziehung gebe ich Herrn K. Recht - und für anständiger, abzutreten als zu heucheln. Die von der Schule entliehenen Bücher werden Sie in meinem Fach im Lehrzimmer finden.«

Ende August 1958 verfaßte der Lehrer Paul W. den folgenden Brief an den Rat des Kreises/Abteilung Volksbildung Grevesmühlen:

»Nach gründlicher Überlegung bin ich zu dem Entschluß gekommen, während meines Urlaubs der DDR den Rücken zu kehren. Ich habe den Schritt nicht unüberlegt getan. Die sozialistische Idee ist nicht für mich geschaffen. Ich hänge zu sehr an den alten bürgerlichen Vorstellungen. Ich hoffe immer noch, daß der Sozialismus auf dem Lande sich nicht in der Form auswirken würde, wie man es jetzt beobachtet. Die Zerschlagung des freien Bauerntums wird sich furchtbar rächen. Ohne ein gesundes, freies Bauerntum kann nach meinen Vorstellungen ein Staat nicht bestehen, und öffentlich für das Gegenteil eintreten, ist mir unmöglich. Von meinem Schritt weiß niemand etwas, selbst meine nächsten Verwandten ahnen nichts.«

Die Grundschullehrerin Alexe v. H. verfaßte den folgenden »Abschiedsbrief« an den Leiter der Grundschule Uckeritz:

»Sie werden nun sehr böse auf mich sein, denn ich komme nicht nach Uckeritz zurück, und Sie werden also zum Schulbeginn nun meinerwegen Ärger und Aufregung haben. Ich bitte Sie nur, mir zu glauben, daß es mir sehr leid tut, Ihnen Unannehmlichkeiten zu bereiten. Wie viel lieber würde ich in einem geeinten Deutschland ordnungsgemäß von einer Stadt in die andere verziehen und mich von den Menschen, mit denen ich zusammengearbeitet habe, richtig verabschieden. Aber nach Lage der Dinge blieb mir leider nur dieser unerfreuliche Weg. Und früher ließ es sich nicht einrichten. Das Geld von den Ferienspielen liegt in meinem Zimmer. 150 M in bar und 20 M bitte ich Sie von meinem Sparkassenbuch abzuheben. Die Vollmacht dafür habe ich ausgeschrieben.«

Ungeachtet der Tatsache, daß die Anwerbung von Lehrern durch »feindliche Kräfte« wohl eher die Ausnahme war, beruhigte man sich in gewisser Weise Ende der fünfziger Jahre mit dem Gedanken, nicht das Bildungssystem der DDR oder individuelle Widrigkeiten könnten zu der nach wie vor bestehenden Fluchtbewegung der Lehrer Anlaß sein, sondern man bekomme die Angelegenheit dadurch in den Griff, daß man die »psychologische Kriegsführung« des Gegners wirkungsvoll bekämpfe. So schrieb Anfang Januar 1959 Abteilungsleiter Neugebauer an Günter Mittag, die »Organisierung der Republikflucht

durch die Imperialisten« müsse als »Bestandteil der psychologischen Kriegsführung der herrschenden Kräfte des Bonner Nato-Staates« angesehen werden:

»So stieg z.B. die Republikflucht der Lehrer und Erzieher bis auf den Monat Dezember des vergangenen Jahres erheblich an. Das Ziel, den Aufbau der sozialistischen Schule zu stören, ihr eigenes Lehrerdefizit - zur Zeit sind 7.000 Lehrerstellen unbesetzt - zu decken und den Friedenswillen und Kampf der westdeutschen Lehrer gegen die Bonner Atomaufrüstung zu brechen, ist offensichtlich. Das Beispiel Westberlins zeigt, daß auch an jeder Schule in den Westzonen mindestens ein republikflüchtiger Lehrer eingesetzt werden soll. Sein Auftrag besteht darin, die Maßnahmen der Bonner NATO-Regierung z.B. Einführung der 'Ostkunde' an den Schulen zu überwachen und politische Agitation gegen die DDR zu betreiben. Die Methoden des Lemmer Ministeriums zur Abwerbung sind vielfältig und systematisch. Die Aufstellung über den Aufbau der Abwerbeorganisation für Lehrer aus der DDR und durchgeführte Untersuchungen lassen erkennen, daß die Hauptmethode in der individuellen Abwerbung besteht. Über zwei Drittel der republikflüchtigen Lehrer wurden nach 1945 ausgebildet und gehören einer Religionsgemeinschaft an. Die Mehrzahl der republikflüchtigen Lehrer und Erzieher ist parteilos. Ungefähr ein Drittel von ihnen sind Umsiedler. Dies läßt vermuten, daß der »Ausschuß für verdrängte Lehrer« in den Westzonen unter letztgenannten organisiert arbeitet. Unter den Lehrern aus den ehemaligen Ostgebieten ist eine gewisse Konzentration von Dienstgraden der ehemaligen Hitlerarmee festzustellen und ihre soziale Herkunft reicht bis in Kreise der Groß-Bourgeoisie.«

Die Ursachen, die eine »Abwerbetätigkeit des Klassengegners« begünstigten, sah man in folgenden Gegebenheiten:

- in der zum Teil ungenügenden ideologisch-politischen Aufklärungsarbeit unter den Lehrern und Erziehern von seiten der Parteiorganisationen und der Gewerkschaftsgruppen an den Schulen. »Alte und überlebte Anschauungen und Vorstellungen« - so hieß es - hemmten die »richtige Erkenntnis von Maßnahmen der Partei und Regierung« und begünstigen die »Wirkung der psychologischen Kriegsführung der Imperialisten«;
- in einem oft fehlenden Vertrauensverhältnis zwischen den Funktionären des Staatsapparates, der Massenorganisationen und der Partei und der Lehrerschaft.
- in der nicht selten falschen Behandlung der Lehrer und Erzieher durch verantwortliche Funktionäre im Bereich der Volksbildung
- in ungenügend vorbereiteten und begründeten Versetzungen, die eine große Unzufriedenheit auslösen;
- im Einsatz von Lehrern für viele außerhalb des Unterrichts und der Erziehungsarbeit liegende Aufgaben;
- in der ungenügenden pädagogisch-methodischen Hilfe für die Lehrer durch die Verantwortlichen der Abteilung Volksbildung.

Eine »wesentliche Hilfe zur Beseitigung der Mängel« sollte die Diskussion und die Durchsetzung der vom 4. Plenum des ZK der SED angenommenen These »Über die Entwicklung der sozialistischen Schule« sein. Daher hieß es in einem Arbeitspapier:

»Diese Aufgaben erfüllen heißt nicht nur, die gesamte Partei mit den Fragen der Volksbildung vertraut zu machen, sondern schließt auch die Veränderung der Arbeitsweise der staatlichen Organe mit den Lehrern ein. Eine systematische Anleitung der Parteiorganisationen und aller Genossen in den Einrichtungen für Volksbildung wird entscheidend dazu beitragen, die Grundorganisationen und darüber hinaus die Lehrer-Kollegien ideologisch-politisch zu festigen. Eine wichtige Funktion des volksdemokratischen Staates beim Aufbau des Sozialismus ist die Umerziehung der kleinbürgerlichen Schichten und die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins bei allen Bürgern. Die Lehrer und Erzieher werden in dem Maße an der Lösung der neuen Aufgaben auf dem Gebiet der Volksbildung mitwirken, wie die Erkenntnis über die Gesetzmäßigkeiten unserer volksdemokratischen Ordnung wächst.«

Vor allem in den Bezirken Berlin, Halle und Potsdam war die Zahl der republikflüchtigen Lehrer, aber auch die der das Land verlassenden Oberschüler hoch (Tab. 8 bis 10; 20). Die Mitte der fünfziger Jahre eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Situation der Lehrerschaft hatten nicht, wie man erwartete, zur Konsolidierung und zur Herausbildung eines positiven Klimas unter den Lehrern geführt. Nun richtete man verstärkt das Augenmerk auf die »Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten«, der man die Abwerbung von Lehrern und Erziehern aus der DDR nachsagte.

Die Zentrale der gesamten Abwerbung und der Arbeit mit den »republikflüchtigen« Lehrern war nach Auffassung des Ministeriums für Volksbildung die »Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten e. V.«. Der Vorsitzende dieser Vereinigung mit Sitz in Düsseldorf war Stadtrat für Volksbildung in Köln, CDU-Mitglied und bis 1947 Dezernent im Ministerium in Weimar. Der Geschäftsführer und stellvertretende Vorsitzende war bis zirka 1951 Schulrat in Altenburg. Der Schriftleiter und Redakteur des »Informationsdienstes« der »Vereinigung« war bis 1952 Abteilungsleiter im Ministerium für Volksbildung, was besonders schmerzlich erschien. Entsprechend schätzte man auch die Tätigkeit der »Vereinigung« und ihrer Funktionäre ein:

»Diese Verräter unserer Republik hatten und haben noch einen großen Bekann-tenkreis, aus dem sie so nach und nach viele Lehrer von unseren Schulen nachgezogen haben. Auch daraus ergibt sich, daß die Hauptmethode der Abwerbung die individuelle Abwerbung ist. Die Zentrale der 'Vereinigung der aus der Sowjetzone verdrängten Lehrer und Beamten' in Düsseldorf hat eine sehr umfangreiche Kartei über die Schulfunktionäre aus unserer Republik angelegt, die laufend durch die Aussagen der republikflüchtigen Lehrer ergänzt wird. Eine Nebenstelle der Vereinigung besteht in Berlin. Geleitet wird sie von L., der

vor seiner Republikflucht Hauptabteilungsleiter im Ministerium von Sachsen-Anhalt und später Professor an der Universität war. Die Nebenstelle ist die Anlaufstelle für alle republikflüchtigen Lehrer, die über Berlin abhauen. Diese Anlaufstelle befindet sich im Gebäude der Hauptstelle für das Schul- und Erziehungswesen, in dem auch laufend öffentliche Ausstellungen über Ostlandkunde aufgebaut werden. Die Leiterin dieser Nebenstelle mit amtlichen Aufträgen ist Frau Dr. E. An dieser Stelle muß auch noch der 'Ausschuß für verdrängte Lehrer' in der GEW genannt werden. Der Druck dieses Ausschusses auf die Leitungen und Vorstände der GEW ist sehr stark. Sie verhindern, daß Kontakte zwischen den Vorständen und Leitungen der GEW und der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung entstehen. Ebenso ist ihr Einfluß auf die Republikflucht der Lehrer. Im wesentlichen besteht die Leitung dieses Ausschusses aus Umsiedlern. Man kann daraus entnehmen, daß in den Kreisen, in denen viele Umsiedler republikflüchtig geworden sind, der Einfluß dieses Ausschusses wirksam wurde. Ein weiteres Beispiel, daß der ehemalige Bürgermeister von Freital b. Dresden, Arno H., der jetzt Minister für Kultus und Unterricht in Hessen ist, bis heute noch viele Lehrer aus Sachsen nachzieht, beweist die Bedeutung, die man der individuellen Abwerbung zuschreiben muß.«

Allerdings zeigte man sich realistisch genug, die anhaltende Fluchtbewegung von Lehrern auch als Ausdruck ihrer mangelnden Akzeptanz des sozialistischen Staates und seines Bildungssystems zu verstehen. Dabei wanderten vor allem solche Lehrer ab, die parteilos waren oder einer der neben der SED stehenden Blockparteien angehörten.

Welche politische, aber auch pädagogische Wirkung die Abwanderung der Lehrkräfte aus der DDR gehabt haben mag, zeigt u.a. der nachfolgende Überblick über »Republikfluchten« der Lehrer und Pionierleiter in den Jahren 1953 - 1958:

Es verließen die Republik:

1958 -	2.049	= 2,42 %
1957 -	1.490	= 1,76 %
1956 -	1.521	= 1,85 %
1955 -	1.759	= 2,33 %
1954 -	1.290	= 1,63 %
1953 -	1.475	= 1,89 %

Die Entwicklung in den einzelnen Bezirken war unterschiedlich. Während 1957 im Vergleich zu 1956 in den Bezirken Rostock, Frankfurt/Oder und Erfurt die »Republikfluchten« verhältnismäßig stark anstiegen und diese Bezirke an erster Stelle standen, stellten sich 1958 neben Rostock die Bezirke Potsdam und Berlin als Schwerpunkte heraus. Diese Tendenz war auch weiterhin in den Monaten Januar bis April 1959 zu verzeichnen (vgl. Tab. 8 bis 10).

Berlin hatte 1957 prozentual zu seiner Lehrerschaft 1,26 % »Republikflüchtige«. Es hatte damit außer dem Bezirk Suhl die wenigsten »Republikflüchtlinge«. 1958 dagegen verließen 4,0 % aus Berlin die DDR, und damit hatte es prozentual die meisten Fällen von »Republikflucht«. Im Bezirk Potsdam war die Entwicklung ähnlich: 1957 waren es 1,86 % und 1958 - 3,98 % der Lehrer, die das Land verließen. Im Bezirk Rostock wurden 1957 - 2,34 % und 1958 ~ 3,71 % »republikflüchtig«. In den Jahren 1956 - 1958 flohen fast zu gleichen Teilen Männer und Frauen. Der Anteil der Frauen lag zu ihrer Gesamtzahl etwas höher als der der Männer (Tab. 11).

Die Abwanderung vor allem junger und jüngerer Lehrkräfte hatte für die DDR-Führung einen ideologischen und einen materiellen Nachteil (vgl. Tab. 14). Es lag auf der Hand, daß die »Flucht« in der Volksbildung tätiger Lehrkräfte einem »politischen Armutszugnis« gleichkam; die Pädagogen zeigten mit ihrem Entschluß, nicht länger an der schulischen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen beteiligt zu sein, daß sie sowohl das politische wie das Schulsystem der DDR für schlecht und gleichzeitig für nicht verbesserungsfähig oder -würdig erachteten. Die politische Schulung junger Menschen wurde somit durch jeden gelungenen oder mißglückten »Abwanderungsversuch« eines Lehrers aufs neue infragegestellt.

Hiervon abgesehen, ergaben sich bei der Versorgung der Schulen mit Lehrkräften anscheinend tatsächlich Engpässe, insbesondere dann, wenn aus einem Schulbezirk mehrere Lehrer in kurzen zeitlichen Abständen nicht mehr zur Verfügung standen. Die alltäglichen Probleme der Unterrichtsplanung gerieten außer Kontrolle, wenn z.B. Schulklassen verwaisten und Fachunterricht kurzfristig nicht mehr erteilt werden konnte.

Ideologisch gesehen, war die »Fluchtbewegung« der Lehrer in ihrer Wirkung auf Schüler und Elternschaft, aber auch auf im Lande verbleibende Kollegen verheerend. Nach den Vorstellungen des Ministeriums für Volksbildung hatte ein Lehrer Vorbild im Sinne des sozialistischen Staates zu sein - ein immerwährender »Neuerer«, dem es niemals an Energie und politischer Überzeugung gebrach (vgl. Tab. 4; 7).

Der materielle Schaden, der durch die »Abwanderung« entstand, ergab sich durch verschiedene Faktoren. Einmal hatte die Ausbildung der nach 1945 zum Studium gelangten Lehrer selbstverständlich erhebliche Kosten verursacht. Zum zweiten bemühte man sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit großem finanziellen Aufwand darum, die Unzufriedenheit in der Lehrerschaft durch materielle Besserungen zu reduzieren. Gehälter wurden erhöht, und es wurde Lehrern und Erziehern mehr als zuvor die Möglichkeit gegeben, zu »Studien- und Erholungszwecken« in die sozialistischen Länder zu reisen. 1959 kamen etwa zehntausend Pädagogen in den Genuß einer solchen Reisemöglichkeit. Lehrer, die ihre Tätigkeit in Landschulen aufnahmen, erhielten Zuschüsse zur Einrichtung einer Wohnung, Fahrpreisermäßigungen und weitere Vergünstigungen. In vielen weiteren Bereichen - etwa bei der Förderung des Eigen-

heimbaus - konnten Lehrer mit einer Bevorzugung rechnen. Die Aufwendungen, die Ende der fünfziger Jahre zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer sowie zur »Hebung ihrer gesellschaftlichen Stellung« aufgewendet wurden, waren beträchtlich: Für ein Haushaltsjahr betrug dieser Mehraufwand zirka 150 Millionen Mark. Gleichzeitig vergrößerte sich die Bedeutung der »ideologisch-politischen Arbeit«, die seitens der Schulparteiorganisationen auf die einzelnen Lehrer einwirkte. Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre sah man es als wirkungsvolles Mittel, Lehrkräfte zur Treue zu verpflichten, an, innerhalb der marxistisch-leninistischen Schulung Fragen der Militarisierung und Faschisierung des westdeutschen Schulwesens herauszuarbeiten und Westdeutschland als »Feindbild« zu vermitteln. Wer die BRD als Land des Unrechts und der tatsächlichen und potentiellen Mörder vor Augen hatte, würde sich schwerer tun, in eben dies Land zu wechseln, lag als Überlegung einer solchen Schulung zugrunde. Von dennoch »republikflüchtigen« Lehrern erstellte man in den Abteilungen für Volksbildung beim Rat der Bezirke sogenannte »Kurzbiografien« in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und dem Ministerium für Staatssicherheit. Ziel war in der Regel die sogenannte »Rückgewinnung« bzw. Wiedereinstellung der im Westen befindlichen Lehrkräfte, die freilich - so zeigen die Unterlagen - nur in Ausnahmefällen gelang. Stattdessen nahmen die »Fluchtwellen« kurz vor dem Mauerbau noch einmal an Intensität zu, so daß in einem »streng vertraulichen« Entwurf einer Vorlage an das Politbüro beim Zentralkomitee der SED zu »Maßnahmen gegen die Republikflucht« eingeräumt wird, »trotz der erzielten Fortschritte in der Bewußtseinsentwicklung unserer Intelligenz« sei es »jedoch noch nicht gelungen, bei der Mehrheit unserer Intelligenz die Überzeugung fest zu verwurzeln, daß allein dem ersten deutschen Friedensstaat die historische Perspektive gehört«. Das zeige sich »auch in der verstärkten Republikflucht bei allen Teilen der Intelligenz seit April dieses Jahres«. Wenn hier davon die Rede ist, die »Mehrheit« der »Intelligenz« widersetze sich der Überzeugung, allein der DDR gehöre die »historische Perspektive«, so weist dies vermutlich auf Ergebnisse von halbwegs repräsentativen Befragungen innerhalb der Lehrerschaft hin, die von Meinungsforschern im Auftrag der DDR-Führung erhoben wurden. Desweiteren sollten bekannte Wissenschaftler, Ärzte, Lehrer und Künstler in der Öffentlichkeit »gegen die Republik-Flucht auftreten«; auch Namen - etwa der von Professor Havemann - wurden in diesem Zusammenhang genannt.

So vielfältig die Beweggründe zum Verlassen der DDR waren, so verschiedenartig waren die Strategien, die »Republikflucht« der Lehrer zu verhindern. Zwar nahm man im Ministerium für Volksbildung an, daß mindestens 40 Prozent der »Republikfluchten« auf »Abwerbung oder Verleitung zurückzuführen« seien, doch die restlichen 60 Prozent verteilten sich auf Motive wie »Nichtverständnis der Schulpolitik der DDR«, »starke kirchliche Bindungen«, »materielle Schwierigkeiten« und »moralische und kriminelle Verfehlungen«. Immerhin räumte man auch ein, daß eine falsche Behandlung einzelner Lehrkräfte der

Grund dafür sein könnte, daß jemand seinen Arbeitsplatz verließ. So gern man seitens des Ministeriums sich selbst einreden wollte, daß die »Abwerbung« in den Westen die Hauptursache der Fluchtbewegung sei, so deutlich zeigte sich im Einzelfall, daß materielle Gründe - etwa das Verlangen nach besserem Verdienst - bei den meisten Lehrern nicht im Vordergrund standen. Die Kluft zwischen dem politisch-ideologischen Anspruch, der bessere deutsche Staat zu sein, und dem real existierenden sozialistischen System, wie es die Lehrerschaft vermitteln und vertreten mußte, war für viele zu groß geworden. Argwöhnisch kontrollierte man mehr oder weniger heimlich den Briefwechsel von Lehrern mit Personen, die außerhalb der DDR wohnten. Briefe aus dem »Westen« waren sicheres Indiz, daß die »Republikflucht« vorbereitet werden sollte. War innerhalb des Verwaltungsbezirks eines Schulrats ein Lehrer »republikflüchtig« geworden, versuchte man, so zeigen die überlieferten Akten, zumeist, den »geflohenen« Lehrer durch öffentliche Herabwürdigung zu diffamieren. So ließ ein Kreisschulrat über einen Lehrer verlauten, er habe ohnehin »in keiner Weise« in die »sozialistische Schule hineingehört: Es wird sicher nicht einen Kollegen geben, der diese Flucht bedauert«

Eine Aufarbeitung der häufigen »Fluchten« innerhalb des Schulwesens selbst blieb die Ausnahme. Es genügte gewöhnlich, daß sich die Kollegen von dem betreffenden Lehrer distanzieren und eine Art Treuegelöbnis zur DDR abgaben. Die Situation kurz vor der Schließung der deutsch-deutschen Grenze sah im allgemeinen wenig ermutigend aus. Gegenüber dem Jahr 1959 hatte die Zahl der »republikflüchtigen« Lehrer deutlich zugenommen, ja sich in einzelnen Bezirken der DDR vervielfacht (Tab. 10).

Nimmt man das hier erstmals veröffentlichte statistische Material als Spiegelbild der Gesamtgesellschaft der DDR kurz vor Errichtung des »antifaschistischen Schutzwalls« im August 1961, so war die Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen allseits vorhanden; sie betraf Frauen wie Männer im Lehrerberuf, ging durch alle Altersgruppen und Qualifikationen, und auch und gerade die Mitgliedschaft in der SED verhinderte es nicht der DDR den Rücken zu kehren.

Selbstverständlich beruhigte sich die personelle Situation nach der endgültigen Schließung der Grenze auch in den Bereichen des Schulwesens. So konnte Abteilungsleiter Dr. Oppermann aus dem Ministerium für Volksbildung am 3. April 1970, also knapp neun Jahre nach dem Mauerbau, an Walter Ulbricht melden, die »Grundhaltung der Lehrer zu unserem sozialistischen Staat und zur Politik der Partei gegenüber Westdeutschland« entspreche einem »überzeugenden politischen Bekenntnis zum Sozialismus«. Der Nachricht war eine Lehrerbefragung auf sozialwissenschaftlicher Grundlage vorausgegangen, um Grundeinstellungen innerhalb der Lehrerschaft in Bezug auf politisch-ideologische Fragen zu ermitteln. Während 88 Prozent der befragten Lehrer in besonderer Weise stolz auf das Bildungssystem der DDR waren, hielten immerhin rund 50 Prozent den sozialistischen Staat auf den Gebieten von Wirtschaft und Technik

gegenüber dem westlichen System für unterlegen. Die Gefahr der »Republikflucht« war gebannt, aber Skepsis und Unzufriedenheit mit bestimmten Erscheinungsformen der sozialistischen Gesellschaft waren immer noch feststellbar. Lediglich 39,9 Prozent der befragten Lehrer bejahten die Frage, ob ihnen die DDR in besonderer Weise »Möglichkeiten der freien Entfaltung der Persönlichkeit« gewähre. Bedenkt man, daß die Behauptung solcher Möglichkeiten zum Lehrstoff der allgemeinbildenden Schulen der DDR gehörte, wirft dies Umfrageergebnis ein deutliches Licht auf die tatsächliche Denkweise eines Großteils der Lehrer. Demgemäß gaben lediglich 53,2 Prozent der befragten Lehrer an, sie würden bei einer erneuten Berufswahl wiederum den Lehrerberuf ergreifen wollen. Der Partei- und Staatsführung der DDR war es also trotz aller denkbaren Bemühungen letztlich nur unzureichend gelungen, die Lehrerschaft als die neben den Erziehern unterste soziale Gruppe innerhalb der »Intelligenz« in dem gewünschten Maße zur »Treue« gegenüber dem sozialistischen Staat zu erziehen.

Die innere Distanz, die viele Lehrer spürten und über Jahrzehnte aufrecht erhielten, wird sich nicht selten auf die Schüler übertragen haben. Lippenbekenntnisse und im Grunde nicht ernst gemeinte Gelöbnisse standen im Widerspruch zum wirklichen Denken, zur geistigen Haltung der betreffenden Pädagogen. Oppositionelles Verhalten blieb allerdings jenen vorbehalten, deren Namen auch im »Westen« bekannt waren und die somit einen gewissen Schutz erwarten durften: Künstler, Hochschullehrer und Schriftsteller, die ebenfalls zur »Intelligenz« gerechnet wurden, doch mit den einfachen Lehrern wenig gemein hatten. Diese hatten in der Regel keine Gelegenheit, nach dem August 1961 jene »freimütigen Worte« zu äußern, zu denen sie zuvor in der Hoffnung ermuntert worden waren, wer sich »Luft machen« könne, bleibe wohl eher im Lande - eine trügerische Annahme, wie das dargebotene Zahlenmaterial verdeutlicht.

Literaturhinweise

Die Geschichte des Schulwesens in den Anfangszeiten der DDR ist mehrere Male eingehend beschrieben worden, wobei die Situation und Aufgabe des Lehrers Berücksichtigung fand: Die Schule in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1959; Dorst, W.: Erziehung, Bildung und Unterricht in der deutschen demokratischen Schule, Berlin 1953; Drefenstedt, E./H. Lindner/ H. Rettke: Auf dem Wege zur sozialistischen Landschule, Berlin 1959; Ein Jahr demokratische Einheitsschule. Rückblick und Ausblick, Berlin/Leipzig 1947; Günther, Karl-Heinz / Gottfried Uhlig: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1968, Berlin 1969; dies.: Die Schulentwicklung auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1965 im Abriß, in: Pädagogik, Heft 5 u. 6 (1966); Schneller, W.: Die deutsche

demokratische Schule, Berlin 1955; Syniawa, A.: Die Schaffung eines neuen demokratischen Lehrkörpers - entscheidende Voraussetzung und wichtigste Garantie zur Durchsetzung der Schulreform, in: Pädagogische Forschung, Sonderheft 1964; Uhlig, Gottfried: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Schulreform 1945 bis 1946, in: Monumenta Paedagogica, Berlin 1965, S. 45 ff.; Wandel, P.: Der neue Lehrer der neuen deutschen demokratischen Schule - ein politisch denkender und handelnder Mensch, Berlin/Leipzig 1948.

Die nicht anpassungswilligen oder anpassungsfähigen Lehrerstudenten und ausgebildeten Pädagogen verließen die SBZ bzw. DDR. Viele sahen sich als »verdrängte« Lehrer und hielten untereinander in der Zeit des Kalten Krieges in der BRD Kontakt. Der »Verband deutscher Studentenschaften« berichtete in der immerwieder aktualisierten »Dokumentation des Terrors« (5. Auflage März 1962) über das Schicksal von Hochschullehrern und Studierenden, die nach 1945 in der »sowjetisch besetzten Zone« in Haft genommen und/oder deportiert worden waren. Demgegenüber versuchte man in der DDR, die Lehrerschaft auf »Linientreue« einzurichten. Einige Literaturbeispiele:

An die Lehrer und Erzieher der Deutschen Demokratischen Republik. Zentralkomitee der SED, Berlin, 12. August 1960; Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR zur weiteren Förderung und Sicherung der schöpferischen Arbeit der Lehrer, in: Deutsche Lehrerzeitung Nr. 50 (1960); Erklärung christlicher Lehren Sozialismus - das ist der Friede, in: Deutsche Lehrerzeitung Nr. 17 (1958); Hinweise für die Entwicklung der Arbeit der Freien Deutschen Jugend an den sozialistischen Mittelschulen in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung, Nr. 15 (1958); Maier, H.: Die Ausbildung der Unterstufenlehrer in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren von 1956 bis 1964, Berlin 1968; Neuner, G.: Die sozialistische Entwicklung des Schulwesens und die Aufgaben der pädagogischen Wissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Pädagogik, Heft 3 (1959); Sozialistisch erziehen - allseitig bilden - auf die Schule vorbereiten, Berlin 1961; Ulbricht, W.: Die Entwicklung der sozialistischen Schule und ihre Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus. Herausgegeben vom Zentralkomitee der SED, Abteilung Volksbildung, o.J. (1958); Walter Ulbricht berät mit Lehrern und Erziehern, in: Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 43 (1958); Wilms, G.: Die sozialistische Entwicklung der Lehrerbildung, in: Pädagogik, Heft 8 (1960). Zur Strategie der Bildungspolitik in der DDR gehörte es, am Bildungswesen der BRD Kritik anzubringen. Hierzu einige Beispiele:

Die zwei Entwicklungswege unserer Nation und ihre Widerspiegelung im Schulbuch, Berlin 1963; Die westdeutsche Schule im Dienste des Neokolonialismus, Berlin 1962; Dorst, W.: Menschenerziehung in Westdeutschland, Berlin 1961; Becker, H7R. Beyer/H.-G. Hofmann: Progressive und reaktionäre Bestrebungen zur Reformierung des westdeutschen Schulwesens in den Jahren 1945 bis 1960, in: Schulentwicklung und Schulreform in einigen kapitalisti-

sehen Ländern Europas, Berlin 1962; Jugendvergiftung als System. Herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin o.J.; Lemm, W.: Die Rolle der SPD bei der Entwicklung des Westberliner Schulwesens, Berlin 1962; Militaristisches Gift in der westdeutschen Schule, Berlin 1961; Westdeutsche Schule - im Gleichschritt marsch, Berlin 1961.

Untersuchungen zur Situation der Lehrer in der DDR insbesondere in den ersten Jahrzehnten fehlen derzeit noch weitgehend. Zwei Ausnahmen: Hohmann, Joachim S.: Der Deutschunterricht in SBZ und DDR 1945 bis 1962. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie sozialistischer Erziehung, Frankfurt/Main 1997; Mietzner, Ulrike: Enteignung der Subjekte - Lehrer und Schule in der DDR. Eine Schule in Mecklenburg von 1945 bis zum Mauerbau, Leverkusen-Opladen 1996.

1. „Republikflüchtige“ Lehrer in Erfurt/Stadt

Sept.-	Jan.-				Jan.-
Dez. 1953	Dez. 1954	1955	1956	1957	Sept. 1958
3	14	22	20	23	18

2. „Republikflüchtige“ Lehrer im Kreis Gotha

Sept.-	Jan.-				Jan.-
Dez. 1953	Dez. 1954	1955	1956	1957	Sept. 1958
9	17	24	20	23	23

3. Altersstruktur „republikflüchtiger“ Lehrer 1956-1958

	1958	1957	1956
18 bis unter 25 J.	16,8 % - 346	20,4 % - 303	19,9 % - 302
25 bis unter 30 J.	14,7 % - 1031	18,8 % - 279	21,0 % - 319
30 bis unter 40 J.	39,6 % - 811	34,3 % - 508	30,4 % - 463
40 bis unter 50 J.	16,8 % - 346	15,4 % - 229	17,0 % - 258
50 bis unter 60 J.	10,4 % - 213	9,8 % - 146	10,6 % - 161
60 bis unter 65 J.	1,5 % - 30	0,9 % - 14	1,1 % - 17

4. Parteibindung 1958 geflohener Lehrer

gesamt: 34.643 Lehrer (SED)	geflohen: 361 (1,42 %)
3.985 Lehrer (LDPD)	94 (2,36 %)
3.241 Lehrer (CDU)	126 (3,89 %)
2.761 Lehrer (NDPD)	62 (2,25 %)
246 Lehrer (DBD)	4 (1,52 %)
39.654 Lehrer (parteilos)	914 (2,30 %)

5. Lehrbefähigung 1958 geflohener Lehrer

42.061 Unterstufenl.	661 (1,57 %)
30.094 Mittelstufenl.	606 (2,01 %)
4.484 Oberstufenl.	153 (3,41 %)
3.965 Sonderschull.	73 (1,84 %)
3.944 Pionierleiter	18 (0,46 %)

6. Qualifikation der 1958 geflohenen Junglehrer im Vergleich

	1958	Anteil a. d. Gesamt- lehrerzahl	1957	1956
Unterstufenlehrer	40,1 %	52,71 %	45,4 %	50,0 %
Mittelstufenlehrer	37,9 %	38,28 %	36,0 %	34,9 %
Oberstufenlehrer	10,7 %	5,75 %	9,7 %	8,2 %

7. Parteizugehörigkeit der „republikflüchtigen“ Junglehrer

		1958	1957	1956
SED	22,4 %	1,32 %	2,8 %	2,4 %
LDPD	6,0 %	3,09 %	5,5 %	7,7 %
CDU	8,1 %	5,15 %	6,1 %	6,9 %
NDPD	4,2 %	3,11 %	4,0 %	4,1 %
DBD	0,3 %	0,2 %	0,2 %	0,3 %
parteilos	59,0 %	3,05 %	5,6 %	6,3 %

8. „Republikfluchten“ im Monat Juli 1959

Lehrer	Hoch- sch.	Fach- sch.	allg. Sch.	Berufs- sch.	Stud.	Fach- sch.	Ober- sch. Abitur.
Rostock			1		2	1	3
Schwerin			2				3
Neubran- denb.			1			4	2
Potsdam		1	1	1	3		7
Frankfurt							3
Cottbus			2				
Magdeburg			1				4
Halle	1		4	1	4		11
Erfurt			4		3		6
Gera					3	1	2
Suhl					1		3
Dresden		1	3		4	2	7
Leipzig					9	6	15
K.-M.Stadt	2		1		2		3
Berlin	1		6	1	11	1	
	4	2	26	3	42	12	71

9. „Illegale Abwanderungen“ im Monat August 1959

	Lehrer
Rostock	3
Schwerin	1
Neubrandenburg	4
Potsdam	10
Frankfurt	1
Cottbus	5
Magdeburg	11
Halle	14
Erfurt	3
Gera	1
Suhl	1
Dresden	8
Leipzig	7
K.-M.-Stadt	2
Berlin	8
	79

10. „Republikfluchten“ von Lehrern 1959 und 1960

Bezirk	1960	1959
Potsdam	207 = 2,65 %	81 = 1,18 %
Schwerin	96 = 2,01 %	47 = 1,09 %
Erfurt	161 = 1,94 %	68 = 0,93 %
Berlin	107 = 1,94 %	59 = 1,16 %
Frankfurt	74 = 1,87 %	23 = 0,66 %
Neubrandenburg	86 = 1,77 %	42 = 1,00 %
Halle	209 = 1,68 %	77 = 0,71 %
Magdeburg	142 = 1,68 %	57 = 0,75 %
Cottbus	74 = 1,45 %	40 = 0,90 %
Suhl	52 = 1,43 %	19 = 0,61 %
Rostock	73 = 1,20 %	84 = 1,66 %
Gera	50 = 1,03 %	30 = 0,69 %
Leipzig	84 = 0,95 %	49 = 0,61 %
Dresden	107 = 0,91 %	55 = 0,54 %
Karl-Marx-Stadt	98 = 0,76 %	49 = 0,43 %
Gesamt	1620 = 1,48 %	780 = 0,81 %

11. Aufschlüsselung nach Geschlecht

von 1620 Personen im Jahre 1960	von 780 Personen im Jahre 1959
813 Männer = 50,2 %	380 Männer = 48,7 %
807 Frauen = 49,8 %	400 Frauen = 51,3 %

12. Aufgliederung nach der sozialen Herkunft

	1960	1959
448 Arbeiter	= 27,7 %	30,7 %
102 w. Bauern	= 6,3 %	4,3 %
478 Angest.	= 29,5 %	39,5 %
592 übr. Schichten	= 36,5 %	39,5 %
1620		

13. Parteizugehörigkeit

1960	1959
341 SED = 21,0 %	182 SED = 23,3 %
80 LDPD = 4,9 %	48 LDP = 6,2 %
64 CDU = 4,0 %	47 CDU = 6,0 %
50 NDPD = 3,1 %	29 NDPD = 3,7 %
7 DBD = 0,4 %	6 DBD = 0,8 %
1078 ptl. = 66,5 %	468 ptl. = 60,0 %
1620	780

14. Aufgliederung nach dem Lebensalter

1960			1959		
340	18 bis unter 25 Jahren	= 21,0 %	148	= 19,0 %	
256	25 bis unter 30 Jahre	= 15,8 %	114	= 14,6 %	
621	30 bis unter 40 Jahre	= 38,3 %	281	= 36,0 %	
263	40 bis unter 50 Jahre	= 16,2 %	144	= 18,4 %	
121	50 bis unter 60 Jahre	= 7,5 %	73	= 9,4 %	
17	60 bis unter 65 Jahre	= 1,0 %	16	= 2,1 %	
2	65 und darüber	= 0,1 %	4	= 0,5 %	
1620			780		

15. Qualifikation der geflohenen Lehrer:

	1960	1959
Oberstufenlehrer	139 = 8,6 %	84 = 10,8 %
Mittelstufenlehrer	581 = 35,9 %	288 = 36,9 %
Unterstufenlehrer	691 = 42,7 %	294 = 37,7 %
Sonderschullehrer	70 = 4,3 %	48 = 6,2 %
Berufsschullehrer	129 = 8,0 %	59 = 7,6 %
Pionierleiter	10 = 0,6 %	7 = 0,9 %
	1620	780

16. Zahl der Lehrer bezogen auf die jeweilige Gesamtzahl:

Lehrer an erw. Obersch.	= 2,40 %
Lehrer an Obersch.	= 1,50 %
Lehrer an Sondersch.	= 1,53 %
Lehrer an Berufssch.	= 0,97 %

17. Soziale Indikatoren der „Republikflüchtigen“

1960			1959	
82	Direktoren u. Schulleiter	= 5,1 %	45	= 5,8 %
24	stellv. Direktoren	= 1,5 %	11	= 1,4 %
101	ehem. NSDAP-Mitglieder	= 6,2 %	74	= 9,5 %
138	Uffz. u. Feldw.	= 8,5 %	81	= 10,4 %
23	Offz.	= 1,5 %	16	= 2,1 %

18. Dauer des Schuldienstes vor der Flucht

	1960	1959
vor 1945	188 = 11,6 %	122 = 15,6 %
seit 1945	74 = 4,6 %	35 = 4,5 %
1946	238 = 14,7 %	122 = 15,6 %
1947	74 = 4,6 %	45 = 6,2 %
1948	73 = 4,5 %	43 = 5,5 %
1949	87 = 5,4 %	40 = 5,1 %
1950	102 = 6,3 %	42 = 5,4 %
1951	82 = 5,1 %	45 = 5,8 %
1952	66 = 4,1 %	42 = 5,4 %
1953	66 = 4,1 %	30 = 3,8 %
1954	96 = 5,9 %	37 = 4,7 %
1955	43 = 2,7 %	22 = 2,8 %
1956	61 = 3,8 %	30 = 3,8 %
1957	80 = 4,9 %	45 = 5,8 %
1958	112 = 6,9 %	47 = 6,0 %
1959	123 = 7,6 %	30 = 3,8 %
1960	55 = 3,4 %	-
	1620	780

19. Kreise ohne „Republikfluchten“ (ca. 1960)

Bezirke	Kreise
Rostock	Ribnitz-Damgarten
Frankfurt	Stalinstadt
Cottbus	Guben, Lübben, Spremberg, Weißwasser
Gera	Eisenberg, Saalfeld
Dresden	Dippoldiswalde
Leipzig	Schmölln
Karl-Marx-Stadt	Plauen Land, Klingenthal

20. Kreise mit besonders häufigen „Republikfluchten“ (ca. 1960)

Stralsund Stadt	12
Perleberg	18
Hagenow	23
Prenzlau	12
Potsdam St.	30
Nauen	26
Oranienburg	22
Bernau	11
Strausberg	11
Luckau	10
Wernigerode	23
Quedlinburg	20
Eisenach	25
Nordhausen	25
Gotha	19
Gera St.	11
Bad Salzungen	11
Ilmenau	9
Görlitz St.	10
Meißen	9
Altenburg	8
Plauen St.	8
Bln.-Lichtenberg	27
Bln.-Prenzl.Berg	18